

## Inhaltsverzeichnis

BO Amann: Wirtschaftsparlament setzt RFW-Vorschläge in Sachen Konjunkturbelebung um! Aktuelles aus der Bundesspartenkonferenz Gewerbe und Handwerk.....	Seite 2
BO Amann verlangt Kurzarbeitszeitmodell nach Deutschem Vorbild! BO Amann zur Jugendbeschäftigung: "Schulabgänger besser auf das Berufsleben vorbereiten! .	Seite 3
VP Krenn: Unternehmer müssen leichter an Kredite kommen! .....	Seite 4
VP Krenn: Regierungsprogramm - wirtschaftliche Plazebos und realitätsverweigernd! .....	Seite 5
WKÖ-Wirtschaftsparlament - Anträge der RFW-Fraktion Anträge in der jeweiligen Landeskammer .....	Seite 6
RFW-Burgenland: Runter mit der Kammersteuer! Umfaller bei der Steuerreform- Leistungsträger werden weiter ignoriert! RFW fordert ein Überdenken der Lenzing-Förderung! .....	Seite 7
RFW-Kärnten: RFW Network Host - Wir knüpfen Kontakte! 1. Treffen: Energetica Energietechnik 2. Treffen: Druckzentrum St. Veit .....	Seite 8
RFW-Niederösterreich: Bericht aus dem Wirtschaftsparlament, 20.11.2008.....	Seite 9
RFW-Oberösterreich aktiv im Wirtschaftsparlament Energie der Zukunft - Wasserkraft .....	Seite 10
RFW-Salzburg: Bericht aus dem Wirtschaftsparlament .....	Seite 11
RFW-Steiermark setzt sich im Wirtschaftsparlament durch RFW-Bezirksgruppe Leibnitz/Radkersburg Hohe staatliche Auszeichnung an Dr. Werner Pfannhauser.....	Seite 12
RFW-Tirol neuerlich die "treibende Kraft" in der Wirtschaftskammer Tirol KommR Ulf Schmid: Ausweitung des LKW-Fahrverbotes gefährdet Wirtschaftsstandort .....	Seite 13

## BO Amann: Wirtschaftsparlament setzt RFW-Vorschläge in Sachen Konjunkturbelebung um! WIPA bekennt sich dank RFW zur Unterstützung der KMUs!

Dank der Initiativekraft des RFW ist es gelungen, im heutigen Wirtschaftsparlament ein Maßnahmenpaket zur Konjunkturbelebung zu beschließen. Damit soll sichergestellt werden, dass der Mittelstand als der Leistungsträger dieses Landes die notwendige öffentliche Unterstützung bekommt, damit der Wirtschaftskrise rasch und effektiv entgegengewirkt wird, so der RFW-Bundesobmann, KO Ing. Fritz Amann, in einer Aussendung.

Amann dazu: „Ein Hilfspaket für die Banken zur Stärkung des Eigenkapitals macht nur Sinn, wenn für die Wirtschaft ebenfalls flankierende Maßnahmen gesetzt werden. Wichtig ist daher ein Geldpaket für die KMUs, damit ihr sinkendes Rating gegenüber den Banken nicht zur Kreditfalle wird. Auch in der Realwirtschaft ist die Krise mittlerweile angekommen. Im Gegensatz zu den Banken - die untereinander den Geldfluss fast eingestellt haben - gibt es aber in der Mittelstandswirtschaft noch Vertrauen untereinander.“

Dieses, sowie der Wunsch weiter Investitionen zu wirtschaftsverträglichen Konditionen tätigen zu können, muss mit öffentlichen Geldern gefördert werden. Daher haben wir uns für ein Hilfspaket für die KMUs ausgesprochen, um Kleinkredite zu Niedrigstzinsen mit Stützung der öffentlichen Hand finanzieren zu können. “

Ein weiteres wichtiges Anliegen des RFW ist die flexible Handhabung sowie die Ausweitung des Modells der Kurzarbeitzeit, weil es volkswirtschaftlich mehr Sinn macht, die Menschen im Betrieb zu halten, als als Arbeitslose zu verwalten. Hier verlangen wir eine Anpassung an das deutsche Modell, das eine Zuzahlung für Kurzarbeit mit 60 Prozent des letzten Lohns aus den Mitteln der Bundesagentur für Arbeit

auf 18 Monate verlängert hat. Auch in Österreich sollte das AMS die Lohndifferenz ausgleichen, anstatt die Gelder der Versicherten für Umschulungen oder wirtschaftlich bedingte Untätigkeit auszugeben, schließlich werden die Fachkräfte - wenn sich die Konjunktur erholt - wieder dringend benötigt, so Amann.

Wichtig aus Sicht des RFW ist auch die Aufhebung des sektoralen LKW-Fahrverbots in Tirol, weil die Verkehrswege die Adern der Wirtschaft sind und jede Behinderung unweigerlich zum Infarkt führt. Im Sinne der Umwelt ist es aber auch notwendig, mit steuerlichen Anreizen Investitionen in schadstoffarme LKWs der Klasse Euro 4 und 5 zu fördern, sowie mit einer Senkung der Kfz-Steuer zu belohnen, so Amann

Amann verlangte auch die Einrichtung eines Staatssekretariats für Tourismus. Das ist notwendig, da die Fremdenverkehrsbranche einer der wichtigsten Wirtschaftsträger im Land ist. Unsere schöne Heimat ist der einzige Rohstoff über den wir verfügen. Daher macht jede Investition in den Tourismus Sinn, denn diese Arbeitsplätze können nicht ausgelagert werden. Die Wertschöpfung bleibt im Land und davon profitieren tausende von Handwerksbetrieben. Um diesen Stellenwert deutlich zu machen, aber auch um die wichtigen Anliegen dieser Branche gezielt zu bearbeiten, braucht es dieses Staatssekretariat, so der RFW-Bundesobmann KO Ing. Fritz Amann, abschließend.

OTS-Meldung, 27.11.2008



## Aktuelles aus der Bundesspartenkonferenz Gewerbe und Handwerk: Lehre fördern - Betriebe unterstützen!

Lehrlinge machen Matura - wie geht das? Lehrlingsförderung Neu - welche Ziele wollen wir erreichen?

Alle Themen und vieles mehr finden Sie direkt auf der Homepage des österreichischen Regieurungsbeauftragten KommR Prok. Egon Blum unter [www.egon-blum.at](http://www.egon-blum.at)!

Für weitere Informationen fragen Sie Ihre RFW-Bundesgeschäftsstelle - [office@rfw.at](mailto:office@rfw.at)

**BO Amann verlangt Kurzarbeitszeitmodell nach Deutschem Vorbild!****Utl.: Unternehmern und Erwerbstätigen muss in der Krise sofort geholfen werden!**

Die täglichen Insolvenzen und Massenkündigungen zeigen, dass längst Feuer am Dach der Konjunktur ist. Anstatt zu blockieren, braucht es Sofortmassnahmen, damit die Krise eingedämmt werden kann, so der RFW-Bundesobmann KommR Ing. Fritz Amann, in einer Aussendung.

Amann dazu: „Einer dieser Hilfsmassnahmen ist das Modell der Kurzarbeitszeit. Während man im Land noch zögert und zaudert, hat unser Nachbar Deutschland bereits eine Ausweitung der Kurzarbeit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beschlossen. Die deutsche Bundesregierung hat reagiert und eine Zuzahlung für Kurzarbeit mit 60 Prozent des letzten Lohns auf 18 Monate verlängert.

Diese Zahlungen erfolgen aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit, was meinem Vorschlag entspricht, dass das AMS die Lohndifferenz auszugleichen hat, weil es besser ist, die Leute im Arbeitsprozess zu halten, als sie nur als für die Allgemeinheit teure Arbeitslose zu verwalten. Damit hat sich unser Nachbar einen wesentlichen Wettbewerbsvorteil in Sachen Bekämpfung der Wirtschaftskrise ge-

schaffen.

Die Politik muss nun rasch handeln. Als RFW-Bundesobmann fordere ich daher die Vorarlberger Koalitionsverhandler, LH Sausgruber und Wirtschaftsbundgeneralsekretär Kopf, dieses Modell nach dem Vorbild von Deutschland in die Regierungsverhandlungen einzubringen und zwar mit der Notwendigkeit der raschen Umsetzung.



Von Vorarlbergs AMS-Landesgeschäftsführer Strini erwarte ich mir, dass er seine negative Haltung zu unseren Vorschlägen der Kurzarbeit aufgibt und stattdessen im AMS bundesweit Überzeugungsarbeit leistet, schließlich geht es um den Erhalt tausender Arbeitsplätze. Der deutsche Vorstoß zeigt, dass bei der Umsetzung der freiheitlichen Vorschläge der Kurzarbeit keine Zeit mehr verloren gehen darf, so der RFW-Bundesobmann und Wirtschaftssprecher von Vorarlberg, KommR Fritz Amann, abschließend.

**BO Amann zur Jugendbeschäftigung: „Schulabgänger besser auf das Berufsleben vorbereiten!“ Utl.: Forderung nach Unterstützung für Lehrstellen schaffende Betriebe**

Grundsätzliche Unterstützung für den Jugendbeschäftigungsplan 2009 von Land, Sozialpartnern und AMS zeigt der RFW-Bundesobmann KommR Ing. Fritz Amann. Nach dem Ausfall der Blum-Bonus-Gelder im bisherigen Umfang müsse jetzt das Land für diesen Fehler der Bundesregierung neuerlich gerade stehen und einschreiten. Amann will daher noch konzentriertere Impulse in Richtung Lehre setzen.

Die Tatsache, dass immer mehr Beschäftigungsprogramme für Jugendliche mit Defiziten entwickelt werden müssen, legt für den RFW-Bundesobmann eine zielgerichtetere Vorbereitung auf das Berufsleben nahe.

„Wir wollen, dass alle Schulabgänger einen BIFO-Scheck erhalten, im Rahmen dessen sie ihre Neigungen bzw. Eignungen für die diversen Berufssparten abtesten können. Also ein „Scheck für den Check“, so Amann.

Amann spricht sich weiters dafür aus, Betriebe bei der Einrichtung von zusätzlichen neuen Ausbildungsplätzen zu unterstützen. „Dabei geht es weniger um die Personalkosten, sondern mehr um die Investitionskosten. Ebenso wie man von Seiten der Regierung bereit ist, eine entsprechende Schulinfrastruktur bereit zu stellen, sollte man Lehrlingsbetriebe bei der Schaffung neuer Ausbildungsplätze unterstützen. Jeder Schulplatz wird mit Steuergeldern eingerichtet und zu einem gewissen Teil sollte dies auch für die Einrichtung von zusätzlichen Lehrlingsplätzen gelten.“

Amann kann sich in diesem Zusammenhang auch vorstellen, dass besonders für Kleinbetriebe bis etwa 25 Mitarbeiter, die in ausgewiesenen Betriebsgebieten in Vorarlberg ihren Standort haben, gemeinsame Lehrwerkstätten - ähnlich wie es die Industrie schon vorexerziert - errichtet werden: „Das wäre ein möglicher Ansatz, um Betriebe zur Schaffung zusätzlicher Lehrplätze zu animieren.“

**WKÖ-Präsidium zu Finanzkrise: Unternehmer müssen leichter an Kredite kommen! Utl.: Nötige Verwaltungsreform auch in kleinen Schritten angehen!**



Aus Anlass des Wirtschaftsparlaments am 27. November 2008 der Wirtschaftskammer Österreich betonten die Vizepräsidenten, Matthias Krenn (RFW) sowie Richard Schenz (Liste Industrie), dass die Zuteilung der Kredite nach der Eigenkapitalspritze für die heimischen Banken insbesondere an die kleinen und mittleren Unternehmen sichergestellt werden müsse. Deshalb solle auch der Bund den Banken "Auflagen", stellen um für die Durchlässigkeit des Systems" zu sorgen, so Schenz der gleichzeitig den zügigen Entschluss zu Bildung einer Bundesregierung begrüßte. Diese hätte nun neben der Umsetzung der Konjunkturpakete, die rasch zu erfolgen haben, nun weitere Hausaufgaben zu machen. Der WKÖ-Vizepräsident nannte die Bundesstaatsreform, von der er sich endlich einen Start erwarte. "Wenn auch in einem ersten Schritt es nur 1 Mrd. Euro sind, müssen wir endlich mit der Umsetzung der Maßnahmen beginnen", so Schenz.

Das Budget der WKÖ 2009 werde durch eine umsichtige und moderate Einnahmenplanung ausgeglichen sein und eine intensive Förderung der Unternehmen durch die Exportinitiative sowie Schwerpunkte beim WIFI enthalten.

Um die Unternehmensfinanzierung durch die Banken sicherzustellen, fordert Vizepräsident Krenn, "dass der Bund bei jenen Banken, die sich an Steuermitteln bedienen wollen, ein Mitspracherecht erhält". Zu-

dem will der RFW-Sprecher, dass die auszahlenden Mittel eine regionale Wirkung entfalten und dass an Unternehmen keine Risikoaufschläge für Kredite vergeben werden. Außerdem sei es dringend notwendig alle Kreditvergaberichtlinien die mit Basel II zusammen hängen außer Kraft zu setzen. Im Hinblick auf das Volumen des Bankenpakets betonte Krenn, dass die Konjunkturpakete für die Unternehmen zumindest verdoppelt werden sollten um die Betriebe nachhaltig zu stärken.

Als konjunkturstützende Maßnahmen nennen sowohl Krenn als auch Schenz die Ankurbelung der thermischen Sanierung. Hier würden Investitionen den nächsten Generationen zu gute kommen und gleichzeitig Gelder gespart, die nicht für den Kauf von Emissionszertifikaten verwendet werden müssten. Während Krenn zudem die Anhebung der Grenze für nichtentnommene Gewinne von 100.000 Euro auf 300.000 Euro fordert, drängt Schenz auf die Abschaffung der Gesellschaftssteuer, "die in Zeiten wie diesen kontraproduktiv ist".

Krenn drängt darüber hinaus auf eine tiefgreifende Tarifreform, "damit die Menschen unten herausbekommen was die Unternehmen oben einzahlen". Die kalte Progression werde durch die angekündigte Steuerreform der neuen Bundesregierung nicht ange-tastet.

## Regierungsprogramm - wirtschaftliche Plazebos und realitätsverweigernd! Utl.: RFW fordert Maßnahmen für die Wirtschaft, welche rasch und effizient greifen!

Ein Blick auf die geplanten Wirtschaftsmaßnahmen im vorliegenden Regierungsprogramm zeigt, dass diese mit der momentanen Realität nichts zu tun haben: „Man könnte fast glauben, die weltweite Finanzkrise sei an unserem Land vorbeigezogen“, so Matthias Krenn, Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und stellvertretender Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreiber und Unabhängiger (RFW) bei der Pressekonferenz im Vorfeld des Wirtschaftsparlamentes.

Vizepräsident Krenn kritisiert vor allem, dass die Tradition des „auf-die-lange Bank schiebens“ von der alten Regierung übernommen wurde: „Die richtigen Maßnahmen rasch umsetzen und klotzen statt kleckern muss die Devise jetzt lauten. Es kann doch nicht sein, dass wiederum nur Arbeitsgruppen und -kreise installiert werden, wenn konkrete Vorschläge doch schon längst in den Schubladen der Verantwortlichen liegen müssten und dringend umgesetzt gehören.“

Geschnürt und umgesetzt gehört auch ein Konjunkturpaket, das tatsächlich greift: „Die vorliegenden Pakete sind zwar gut gemeint, aber bei weitem nicht ausreichend. Auch hier heißt es klotzen statt kleckern und auch hier ist die neue Regierung gefordert, dies so rasch als möglich anzugehen“, so Krenn. In diesem Zusammenhang ist die Abschaffung der kalten Progression für Vizepräsident Krenn weiterhin eines der Hauptthemen, die es endlich gilt umzusetzen:

„Ein Konjunkturpaket benötigt einen funktionierenden Markt und die Kaufkraft der Bevölkerung. Aber hohe Lohnabschlüsse bringen uns rein gar nichts, wenn weiterhin der Staat wie die Made im Speck kräftig zugreift und sich den Steuersäckel über die kalte Progression füllt. Ich erwarte hier eine spürbare Tarifreform, damit die Arbeitnehmer endlich unten herausbekommen, was die Unternehmer oben mehr einzahlen müssen, auch und vor allem um die Konjunktur wieder richtig in Schwung zu bringen.“

Krenn fordert in seinem Statement, im Hinblick auf die momentane Kreditvergabepraxis der heimischen Banken auch, dass sich der Bund, wenn ein Bankunternehmen mit Steuermitteln gestützt wird, ein Mitspracherecht einberaunt:



„Es kann nicht sein, dass heimische Unternehmer, die um Kredite für weitere Investitionen ansuchen, von diversen Bankmanagern ‚papierlt‘ werden wie man auf gut Wienerisch sagt, um dann nach langem hin und her zu erfahren, dass es schon längst einen Vorstandsbeschluss gibt, keine weiteren Projekte zu finanzieren.“

Weiters fordert Matthias Krenn und mit ihm der gesamte RFW, dass es keine zusätzlichen Risikozuschläge geben darf und Basel II auf europäischer Ebene außer Kraft gesetzt wird: „Ich bin davon überzeugt, dass Präsident Leitl diese Forderung mit seinem Einfluss in der Eurochambres und somit im Europäischen Parlament in Brüssel in Schwung bringen und damit zum Erfolg führen kann.“

Vizepräsident Krenn sieht sich in seiner Funktion im RFW und in der WKÖ dazu verpflichtet die Interessen der Unternehmer zu vertreten und den Regierungsverantwortlichen auf die Zehen zu steigen, wenn dies notwendig ist: „Bei dem vorliegenden Regierungsprogramm, welches nicht annähernd dazu geeignet ist die heimischen Unternehmer unbeschadet durch die Wirtschaftskrise zu führen, ist dies, wie es scheint dringend von Nöten.“

OTS-Meldung, 26.11.2008

Mehr Informationen finden Sie auf unserer Homepage - [www.rfw.at](http://www.rfw.at)!  
Interesse an Eintragungen in das elektronische Branchenverzeichnis des RFW?  
Mail an [reinsperger@rfw.at](mailto:reinsperger@rfw.at) bzw. 01/4082520-16

## WKÖ - Wirtschaftsparlament - Anträge der RFW-Fraktion

Für den Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreiber (RFW) formulierte Obmann Fritz Amann die Parole "Yes, we do!". Schließlich sei es die Wirtschaft, die Probleme aufzeige, oft selbst Lösungen entwickle und ihre Umsetzung in Angriff nehme. Vehement sprach er sich dafür aus, zur Unterstützung der heimischen Tourismuswirtschaft zumindest ein Tourismus-Staatssekretariat zu schaffen. Der Tourismus stelle einen unverzichtbaren Arbeitgeber in Österreich dar - einen, der nicht auslagerbar sei, unterstrich Amann.

Weil mangelnde Eigenkapitalausstattung nicht nur ein Problem der Banken sei, plädierte Amann dafür, analog zum Bankenhilfspaket eigenkapitalschwache Unternehmen zu unterstützen, konkret in Form von Haftungen.

Darüber hinaus erfordere die Situation ein staatliches Beschäftigungspaket sowie eine Verbesserung der Rahmenbedingungen, etwa ein kurzfristig installierbares flexibles Modell für Kurzarbeit. Im Zusammenhang mit dem jüngsten Kollektivvertragsabschluss für die Industrie lobte Amann den richtigen Ansatz der Einmalzahlungen. Wünschenswert wäre es, wären die Einmalzahlungen komplett abgabenfrei zu stellen. Abschließend appellierte der RFW-Obmann an die Mitglieder des Wirtschaftsparlaments, Veränderungen gemeinsam positiv zu gestalten: "Wir sitzen alle im selben Boot."

- Innovative KMU-Entlastungen
- Sektorales Fahrverbot

## Anträge der RFW-Fraktionen in der jeweiligen Landeskammer

### RFW-Burgenland - 25.11.2008

- Infrastruktur - Südburgenland
- Sicherheitsinitiative für Gewerbetreibende

### RFW-Kärnten - 25.11.2008

- Millionenverluste der AUVA
- Änderung im Einkommensteuergesetz - Inanspruchnahme von Steuerbegünstigungen
- Finanzunterstützungspaket - Kredite für Kleinbetriebe
- Anregung zur Änderung des GSVG
- Wiedereinführung des Investitionsfreibetrages
- Stopp der Einführung und Erhöhung von Steuern und Abgaben

### RFW-Niederösterreich - 20.11.2008

- EU-Fahrerbescheinigung
- EURO 5 LKWs
- Förderungen für Sicherheitsaufwendungen
- Herabsetzung der KFZ-Steuer
- NÖWI - Einsparungspotential beim Versand
- Finanzanlagenveranlagung

### RFW-Salzburg - 25.11.2008

- Zusatzkompetenzen für die E-Control
- Wiederherstellung der alten Regelung bei der Anmeldung von Dienstnehmern
- Gesetzliche Regelung zur Ausweisung des Dienstgeberaufwandes auf dem Lohnzettel

### RFW-Oberösterreich - 20.11.2008

- Senkung der Energiepreise
- Änderung des GSVG
- Wiedereinführung des Investitionsfreibetrages
- Inanspruchnahme von Steuerbegünstigungen
- Sicherstellung von zinsgünstigen Krediten für Kleinbetriebe

### RFW-Steiermark - 20.11.2008

- Unterstützung der UnternehmerInnen in der Schuldnerberatung
- Umwandlung der "Selbständigenvorsorge" in ein freiwilliges Modell
- gemeinsam: Abwehr der GKK-Bedrohung der wissensbasierten Dienstleister
- gemeinsam: Kooperation mit der Naturschutzbehörde in Natura 2000 Gebieten

### RFW-Tirol - 19.11.2008

- Finanzierungsunterstützungspaket - Kredite für Kleinbetriebe
- Außerkraftsetzung des sektoralen Fahrverbotes
- Stopp der Einführung und Erhöhung von Steuern und Abgaben
- Finanzanlagen der Wirtschaftskammer Tirol

Der RFW-Vorarlberg stellte keine Anträge. Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Wien findet erst im Dezember statt und die Anträge werden in der nächsten Ausgabe behandelt.

**RFW-Burgenland: Runter mit der Kammersteuer****Utl.: Nur der RFW war gegen den Verfassungsrang bei der Pflichtmitgliedschaft!**

Der RFW zeigt im heutigen Pressedienst Verständnis für Industriebetriebe, welche die Kammerumlage nicht mehr zahlen wollen.

"Wenn man weiß", so RFW-Landesobmannstellvertreterin Mag. Elisabeth Krenn, "dass kammerintern Schwarz und Rot sowieso nur ihre parteipolitische Freunderlwirtschaft betreiben, so kann man die zunehmende Ablehnung des Kammerzwanges nur allzu gut verstehen."

Oder widerspricht es nicht den Vorstellungen der Zahlungsverpflichteten, wenn man für Gage, Dienstmercedes & Chauffeur des Kammerpräsidenten sowie dessen wöchentliches Jubelblatt (genannt Kammerzeitung) abkassiert wird? Die zwangsweise abzuliefernden Umlagen dienen lediglich der permanen-

ten ÖVP/Wirtschaftsbund-Werbung für die nächste Kammerwahl.

Der Ärger der Industrie ist daher nicht nur verständlich, sondern - vor allem für Kleinbetriebe - Anlass, die Aktion zu unterstützen.



Ziel muss die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft für Selbstständige sein. Der RFW trat immer dafür ein. Mehr noch: "Wir waren die einzige Kammerfraktion, die sich gegen den Verfassungsrang der Kammer-Pflichtmitgliedschaft gewehrt hat", erinnert Mag. Krenn an den vorjährigen Parlamentsbeschluss. RFW-Burgenland, 14.11.2008

**RFW-Burgenland kritisiert Pröll: Bei der Steuerreform umgefallen!****Utl.: Leistungsträger werden weiter ignoriert!**

"Herr Pröll fällt wirklich noch im Liegen um", entrüstet sich der RFW-Burgenland über die Rot-Schwarze Einigung bei der Steuerreform.

Vor wenigen Tagen hat der schwarze Parteichef noch von der Wirksamkeit des 50%-Steuersatzes bei Jahreseinkommen ab € 80.000,- geredet. Jetzt ist er gar mit 25 % weniger zufrieden.

Steuerexperten haben längst errechnet, dass allein durch die Progression seit 1991 (50Prozent - Steuersatz ab € 51.000,-) der Höchststeuersatz erst

bei € 80.000,- zur Anwendung kommen dürfe.

"Pröll hat seine Glaubwürdigkeit beim Mittelstand gleich bei der ersten Gelegenheit in einer möglichen neuen Regierung verspielt", zeigt sich der RFW enttäuscht.

**RFW fordert ein Überdenken der Lenzing-Förderung!****Utl.: Zuviele Punkte sind strittig**

"Die neuerliche Diskussion um Lenzing Lyocell ist Anlass genug, die Millionen-Subvention zu überdenken", verlangt der RFW-Burgenland

Nach dem neuerlichen Managerwechsel an der Spitze des Konzerns, den laufend diskutierten Verkaufsabsichten und der umstrittenen Energieversorgung (Abfallverbrennungsanlage), ist die geplante Förderung unverantwortlich, sagt RFW-Landesobmann-Stv. KR Ing. Günther Michlits.

Gerade in Zeiten sich abzeichnender Rezession sollten die politisch Verantwortlichen mehr Sensibilität entwickeln.

"Der burgenländische Mittelstand ist außerdem die weit sicherere Alternative um Arbeitsplätze im Land zu erhalten", fordert Michlits eine wirksame und unbürokratische Förderung dieser Betriebsgrößen, statt täglich neuer Ankündigungen durch Land und Wirtschaftskammer.

## RFW-Kärnten - RFW Network Host - Wir knüpfen Kontakte!

Netzwerken heißt vor allem, mit sympathischen und interessanten Menschen Zukunft schaffen, Ideen erfolgreich und mit Spaß zu verwirklichen und dabei Win-Win Synergien zu entwickeln. Nach einer IBM-Studie beruht Erfolg nur zu zehn Prozent auf Wissen, ganze 60 Prozent macht der Faktor "Beziehungen" aus. Höchste Zeit also, neue Kontakte zu knüpfen, alte Kontakte zu pflegen und sich ins Gespräch zu bringen! Andere reden über Network, wir tun es!

Wir vom RFW sehen es als eine unserer wichtigsten Aufgaben, die Kärntner Unternehmer zu verknüpfen und innovative Synergien zu entwickeln! Aber ein gutes Netzwerk kann nur dann erfolgreich sein, wenn sich viele interessante Persönlichkeiten aktiv daran beteiligen.

Der Network Host ist ein Netzwerk Ring, durch den



wir die Kärntner Unternehmer einladen als Gastgeber Ihren eigenen Betrieb vorzustellen, dabei mit Kollegen ins Gespräch zu kommen und inspirierende Referenzen zu erleben. Jeden (zweiten?) Montag besuchen wir gemeinsam das Unternehmen eines anderen Netzwerk-Gastgebers und haben so die Möglichkeit, Kontakte zu pflegen und neue Geschäfte anzubahnen.

### 1. Treffen - Energetica Energietechnik GMBH - Erfolg mit sauberer Energie

Ein voller Erfolg war das erste Network-Treffen des RFW Kärnten. Über 100 Unternehmer informierten sich am Montag abend, wie der Kärntner Photovoltaik-Spezialist Energetica den Weg nach oben eindrucksvoll geschafft hat. Nicht umsonst hieß es erst kürzlich. Die Sonne über Europa heizt den Umsatz des in Viktring beheimateten Sonnenenergie-Unternehmens ordentlich an. Der Gruppenumsatz verdreifachte sich im Jahr 2007 auf 24 Millionen €.

Firmengründer René Battistutti erläuterte an Ort und Stelle, wie seine Mitarbeiter in einem Dreischichtbetrieb die begehrten Module produzieren, welche Sonnenenergie in Strom umwandeln. Energetica gilt als Exportchampion. In Slowenien, Griechenland,



Spanien, Deutschland und Bulgarien errichtet die Firma Solar-Kraftwerke. René Battistutti bedauert, dass der Staat Österreich die forcierte Nutzung von Sonnenenergie eher behindert denn fördert.

### 2. Treffen - Druckzentrum St. Veit und Vortrag "Fördermöglichkeiten für Klein- und Mittelbetriebe"



## RFW-Niederösterreich: Bericht aus dem Wirtschaftsparlament, 20.11.2008

### Utl.: Alte Forderung des RFW-Niederösterreich endlich aufgegriffen

"Es freut uns, dass der Antrag des RFW-Niederösterreich vom 18. Oktober 2004 nun allgemeine Zustimmung findet. Die Mühlen der Wirtschaftskammer mahlen langsam, aber sie mahlen wenigstens!" Mit diesen Worten kommentierte RFW-NÖ Landesobmann KommR Walter Fischer den Antrag von SO KommR Josef Schirak auf Durchsetzung des Vorsteuerabzuges für alle betrieblich genutzten Fahrzeuge. Eine jahrelang vom RFW getrommelte Forderung wurde damit neuerlich belebt, der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Sitzung des NÖ Wirtschaftsparlamentes stand unter dem Eindruck einer Fülle von 19 Anträgen, alleine sechs davon vom RFW-Niederösterreich. Neben der vom RFW schon jahrelang geforderten Abschaffung der Kreditvertrags- und Darlehensgebühr, wurde die Änderung des Schulzeitgesetzes im Tourismus beschlossen. Weitere Themen waren der Beitritt des Landes Niederösterreich zur "Allianz wirtschaftsstarker Regionen Europas" mit einem hohen Anteil an industrieintensiven Betrieben und die Einführung einer abgabenfreien Leistungsprämie.

Ganz wichtig waren und die Anträge Ideen zur Verbesserung der finanziellen Situation von Einzelunternehmen, die Verbesserung der Förderung von Klein- und Kleinstunternehmen und die Forcierung der thermischen Gebäudesanierung.

Beschlossen wurde auch die neue Fachorganisationsordnung, die die Grundlage für die Wirtschaftskammerwahl 2010 sein wird.

Angesichts der Finanzkrise und der damit verbundenen hohen Verluste z.B. der AUVA wurde die Anfrage der RFW-Delegierten Elisabeth Ortner bezüglich der Entwicklung der angelegten Gelder der Wirtschaftskammer NÖ anschaulich dargelegt und demonstriert, dass in der WK NÖ mit den Geldern der Mitglieder sorgsam umgegangen wird. Der RFW NÖ wird die Entwicklung weiterhin aufmerksam verfolgen.

Ebenfalls auf Anfrage der RFW-Delegierten Elisabeth Ortner, ob es nicht möglich wäre jedem Unternehmer nur noch ein Exemplar der NÖWI zuzusenden und

damit viel Geld zu sparen, wurde von Präsidentin Zwazl festgestellt, dass die NÖWI das Informationsmedium der niederösterreichischen Wirtschaftskammer für ihre Mitglieder sei, jeder Betrieb nur ein Exemplar erhalte, es aber möglich ist, dass bei Firmenbeteiligungen mehrere Exemplare an einen Betrieb ergehen.

Es stehe jedem Unternehmer frei, bei Erhalt von mehreren Exemplaren dies bei der Kammer zu melden und so eine mehrfache Versendung zu vermeiden.

WKNÖ-Präsidentin Zwazl stellte das Projekt "2010 +" vor, in dessen Umfang Untersuchungen und Befragungen zu ökonomischen, ökologischen und sozialen Themen durchgeführt werden und das programmatisch den Wirtschaftsstandort Niederösterreich sichern helfen soll.

Im Zuge dessen wird die Wirtschaftskammer Niederösterreich unter [www.ideenfonds.at](http://www.ideenfonds.at) eine Internet-Plattform installieren, auf der alle an der Gestaltung des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich Interessierten mitwirken und ihre Ideen einbringen können.

"Eine arbeitsreiche Sitzung voll von Ideen und ambitionierten Vorhaben im Sinne und zum Nutzen der niederösterreichischen Unternehmer. Man wird aber erst abwarten müssen, was davon in der neuen Bundesregierung wirklich umgesetzt werden wird", resümiert RFW Landesobmann KommR Walter Fischer.



## RFW-Oberösterreich aktiv im Wirtschaftsparlament

Utl.: Kreditzinsen und Energiepreise

Die Hauptthemen für die Tagung des oberösterreichischen Wirtschaftsparlaments kommen vom Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW). Landesobmann Wolfgang Klinger: „Während sich die Grünen mit Elektroautos beschäftigen, greift der RFW die derzeit wichtigsten Themen auf: Energiekosten und Versorgung der kleinen Unternehmen und Familienbetriebe mit zinsgünstigen Krediten.“

Michael Fürtbauer, Kirchenwirt in Ohlsdorf: „Besonders für die Wirte und Betreiber von Beherbergungsbetrieben ist es wichtig, jetzt keine Verknappung oder Verteuerung von bestehenden oder neuen Krediten erleben zu müssen. Die finanzielle Situation ist bei vielen Betrieben ohnehin schon angespannt, die von den Banken kommende Finanzkrise darf nicht dazu führen, dass jetzt alles auf dem Rücken der Kleinbetriebe ausgetragen wird. Daher muß sich die Wirtschaftskammer verstärkt dafür einsetzen, dass die Versorgung mit zinsgünstigen Krediten sichergestellt wird!“

Ing. Wolfgang Klinger, Transportunternehmer aus Gaspoltshofen weist in seinem Antrag ans Wirtschaftsparlament auf die untragbaren

Preiserhöhungen für Erdgas und andere Energieformen hin. Im Hinblick auf die fallenden Ölpreise und den zu erwartenden allgemeinen Konjunkturrückgang müsse es leistbare Energieversorgung für die Betriebe geben. Klinger fordert eine Tarifsenkung bzw. Rücknahme der jüngsten Preiserhöhungen.



Vom RFW-Steuerexperten Alfred Fenzl (Linz) kommen Anträge zur Wiedereinführung des Investitionsfreibetrages und zur Verbesserung der Bestimmungen für die steuerlichen Begünstigungen nicht entnommener Gewinne.

Außerdem soll bei Selbständigen, die sich schon in Pension befinden, aber den Betrieb weiterführen, die Befreiung von Sozialversicherungsbeiträgen - bei geringem Einkommen - auch für Personengesellschafter (z.B. Kommanditgesellschaft) gelten.

## Energie der Zukunft - Wasserkraft

Klimawandel, Kyoto Protokoll und die Energiewende sind Schlagworte, die durch die Medien gehen. Die ganze Welt ist auf der Suche nach alternativen Energiegewinnungsmethoden. Österreich läßt aber seinen Standortvorteil "Wasserkraft", die ökologisch sauberste Energiegewinnung, sträflich links liegen.

"Einmal Hainburg oder 1.000 Windräder im Weinviertel: Man muß sich überlegen, in welche Richtung es gehen soll," sagt Walter Boltz, der Chef des Energieregulators E-Control. So gibt es laut einer Studie, die der WWF im Auftrag der E-Control vor fünf Jahren erstellt hat, noch ein Ausbaupotenzial der Wasserkraft von rund 3200 Megawatt (derzeit sind in Österreich etwa 11.600 Megawatt installiert). Etwa 2500 Megawatt davon sind Großkraftwerke. Vor allem in Tirol gebe es noch Möglichkeiten. Daneben auch an der Donau im Bereich Hainburg. "Die Deckung des steigenden Energiebedarfs und das aus CO2-freien Energiequellen, das ist Wasserkraft. Wer sich mit dem Thema Wasserkraft und Hainburg eingehend beschäftigt, kommt unweigerlich zum Schluß, dass wir dieses Kraftwerk gebraucht hätten," so der RFW-Landesobmann Ing. Wolfgang Klinger.

Durch das Nicht-Bauen Hainburgs kann die Donau östlich von Wien nur zu 15% genutzt werden. Grund dafür ist, dass durch das Geschiebe des Flusses keine verlässliche Tiefe der

Fahrinne für die Schifffahrt gegeben ist. Das Frachtgut wird also in diesem Bereich auf der Straße transportiert, was LKW-Verkehr und zusätzliche Umweltbelastungen mit sich bringt. Das Kraftwerk Hainburg hätte die Schiffbarkeit des Flusses gewährleistet.

Die Donausohle unterliegt einer Eintiefung, die durch die Donauregulierung 1870 verursacht wird. Die Folge ist eine Verlandung der Auen und ein Absinken des Grundwasserspiegels. Um dieser Eintiefung entgegenzuwirken, wird ab 2009 in das Flußbett Schotter geschüttet. Auch wird im Zuge dieser Maßnahmen das System der Bühnen, dammähnliche Bauten zur Schiffbarmachung des Flußes, saniert. Alles in allem kostet dies den Steuerzahler 200 Millionen Euro. "Diese Kosten wären dem Steuerzahler durch den Kraftwerksbau erspart geblieben," so Klinger.

Wägt man nun die energiepolitische Bedeutung der Wasserkraft, die ökologischen und ökonomischen Folgen des Nicht-Bauens Hainburgs und die zukünftigen Ziele der Energiewende ohne Vorurteile ab, so entsteht ein klares Ja zum Bau des Donaukraftwerkes Hainburg," sagt Klinger. Man könne es sich nicht mehr leisten, Ressourcen ungenutzt zu lassen, vor allem, wenn die Nutzung sogar eine Verbesserung der ökologischen Situation der Au mit sich bringt.

## RFW-Salzburg: Bericht aus dem Wirtschaftsparlament



### Entbürokratisierungsantrag abgelehnt:

Die seit 1. Jänner 2008 geltende Anmeldung vor Arbeitsantritt, die der Bekämpfung von Schwarzarbeit dienen und Sozialbeitrag verhindern soll, stellt lediglich einen reinen Mehraufwand an Bürokratismus für die Unternehmen dar.

Wenn die Unternehmen ihrer Meldepflicht nicht nachkommen, haben diese mit hohen Strafen und Beitragszuschlägen zu rechnen. Wird die Arbeit vom angemeldeten Dienstnehmer nicht begonnen, auch nicht zu einem späteren Zeitpunkt, war die Meldung ein überflüssiger und volkswirtschaftlich teurer Formalakt, dem Genüge getan werden musste.

Aus diesem Grund ist die Intention des Gesetzgebers fehlgeschlagen und belastet mit der Masse jene Unternehmen, die ihren Verpflichtungen bisher ordnungsgemäß nachgekommen sind. Die von der Wirtschaftsliste Salzburg (RFW) geforderte gesetzliche Änderung auf Anmeldung bei Arbeitsantritt wurde mit den Stimmen des Wirtschaftsbundes niedergestimmt. Damit ist eindeutig, dass der WB für weiteren Bürokratismus im Bereich der SGKK eintritt. Die Zahl der nicht angetretenen angemeldeten Dienstnehmer beträgt für den Zeitraum Jänner bis Oktober 2008 bereits mehr als 2300!

### Verpflichtende Ausweisung der DG-Beiträge am Lohnzettel zur Aufklärung abgelehnt :

Der Anteil der Lohnsteuer an den gesamten Steuereinnahmen ohne Sozialbeiträge beträgt für das Jahr 2007 laut Statistik Austria 27,24% und stellt mit den Einnahmen aus der Umsatzsteuer mehr als die Hälfte der Steuereinnahmen dar. Nachdem auch im Zuge der letzten Nationalratswahl über verschiedene Modelle zur Finanzierung einer Gesundheits- und Steuerreform diskutiert wurde, ist es notwendig, den Steuerzahler über die Abgabewahrheit bezüglich seiner Lohn- und Sozialversicherungsbeiträge aufzuklären.

Nach wie vor ist für die Mehrheit der Mitarbeiter die Höhe des tatsächlichen Dienstgeberaufwandes, der für die Zusammensetzung der Bruttolohnsumme maßgeblich ist, nicht ersichtlich. Zusätzlich für die

Arbeitnehmer nicht ersichtlich ist, welche einzelnen Beiträge zu welchen Versicherungsteilen bzw. auch an Kammerumlagen etc. abzuführen sind. Folglich gibt es für die Mitarbeiter keine echte Transparenz über den zu erwirtschaftenden Betrag als Bemessungsgrundlage für deren Nettolohn. Verhandlungen zur Lohnerhöhung, die seitens der Mitarbeiter oft nur aus Sicht des Nettolohnempfängers geführt werden, sind selten friktionsfrei und begründen sich im Informationsdefizit. Selbst die "Salzburger Wirtschaft" nimmt sich jedes Jahr dieses Themas an und publiziert den Brutto-Nettolohnvergleich als Orientierungshilfe für die Unternehmer.



Eine verpflichtende Ausweisung des Arbeitgeberanteils an den Bruttolohnkosten bei der Lohn- und Gehaltsabrechnung wäre geeignet, den Mitarbeitern das Bewusstsein über die Abgabenlast zu schärfen und könnte damit eine neue, ausbaubare Form der Sozialpartnerschaft, die in den Betrieben bereits praktiziert wird, ermöglichen.

### Initiative zur Senkung der Strompreise erfolgreich durchgesetzt:

Die Ankündigung der Energieversorger, die Preise bei Strom und Gas um bis zu 30% zu erhöhen, werden für viele kleinere Betriebe und vor allem für viele Haushalte kaum mehr tragbare finanzielle Belastungen zeitigen. Vor dem Hintergrund des unerwartet starken Konjunkturrückganges stellt die Preisgestaltung einen wesentlichen Faktor zur Herabminderung des Wirtschaftsstandortes bei. Die unverantwortliche Preispolitik der Energieversorger, die mehrheitlich im öffentlichen Eigentum stehen, wird vom Leiter der E-Control, DI Walter Boltz, auf das Schärfste verurteilt.

Als Hauptursache gilt der mangelnde Wettbewerb und die fehlende Transparenz bei den Stromversorgern, sowie die zu schwachen Geldstrafen. Gegen die Stimme der Grünen Wirtschaft, wurde die WKS-Leitung beauftragt für eine massive Preissenkung der Stromversorger einzutreten.

**RFW-Steiermark setzt sich im Wirtschaftsparlament durch:****Utl.: Entlastungspaket für Klein- und Mittelbetriebe**

Der RFW-Steiermark setzt sich auf allen Ebenen und mit allen Mitteln für die Entlastung der Klein- und Mittelbetriebe ein. Bei der Tagung des Steirischen Wirtschaftsparlaments am 20. November hat der RFW für seine von Landesobmann Dr. Erich SCHOKLITSCH eingebrachten Anträge die Unterstützung der anderen Fraktionen bekommen.

Der Antrag bezüglich der Zulassung einer degressiven AfA, welche die wirtschaftliche Realität genauer abbildet als die lineare AfA, und der Anhebung der Schwelle für die Geringwertigen Wirtschaftsgüter auf 1.000,- Euro wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag bezüglich einer Lohnnebenkostenbefreiung beim 1. Mitarbeiter im 1. Beschäftigungsjahr, welcher im Zuge der angekündigten Steuerreform umgesetzt werden sollte, wurde mit einer Gegenstimme angenommen.



Der Antrag bezüglich eines Verzichts auf die Einführung und Erhöhung von Steuern und Abgaben, wobei die Senkung der Abgabenquote auf unter 40% angestrebt werden sollte, wurde mit einer Stimmenthaltung angenommen.

Die WKÖ ist nunmehr aufgefordert diese Anträge im Interesse der Klein- und Mittelbetriebe umzusetzen.

**RFW-Bezirksgruppe Leibnitz/Radkersburg****Utl.: Dkfm. Dr. Kurt Stopper zum Bezirksobmann gewählt!**

Dkfm. Kurt Stopper wurde einstimmig zum neuen Bezirksobmann, als sein Stellvertreter wurde KommR Franz Koller und als Schriftführer Gerold Ferik gewählt. Für die Zukunft ist es für den neugewählten Obmann vorrangig Themen und Ziele zu definieren wie beispielsweise die Stärkung von KMUs und EPUs in der Region durch nachdrücklichen Einsatz an den entsprechenden Stellen in Wirtschaftskammer und Politik.

**Hohe staatliche Auszeichnung an Dr. Werner Pfannhauser****Utl.: LO Dr. Erich Schoklitsch gratuliert zur hohen Auszeichnung**

Dr. Werner Pfannhauser, Universitätsprofessor an der TU Graz, mit dem Großen Silbernen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet.

Verleihung vornahm, würdigt das große persönliche Engagement des Wissenschafters ebenso wie ihre Vorbildwirkung für junge Wissenschaftler/innen und den bedeutenden Beitrag zur Stärkung des Forschungsstandortes Österreich.

"Ich freue mich, dass Dr. Werner Pfannhauser als wichtige Persönlichkeit für den Forschungsstandort Österreich für sein außergewöhnliches Engagement mit dieser hohen Auszeichnung gewürdigt wurde", gratuliert Landesobmann Dr. Erich Schoklitsch.

Wissenschaftsminister Johannes Hahn, der die

## RFW-Tirol: Wirtschaftsparlament - RFW neuerlich die "treibende" Kraft in der Wirtschaftskammer Tirol

Utl.: RFW-Anträge fanden die Unterstützung aller Fraktionen!

Beim letzten Wirtschaftsparlament am 19. November 2008 war der RFW-Tirol mit seinen Anträgen wieder einmal der Impulsgeber und die treibende Kraft in der Wirtschaftskammer Tirol. Unter dem Motto: "Wirtschaft sind wir alle!" fanden in den Reihen der anderen Fraktionen folgende Anträge eine breite Unterstützung:

**Finanzunterstützungspaket:** Durch die Finanzkrise wird es auch für Kleinbetriebe immer schwieriger, an notwendige Geldmittel durch Kredite zu kommen. Der RFW forderte die Organe der Wirtschaftskammer Tirol auf, entsprechende Schritte zu setzen, dass Kleinkredite bis etwa 30.000,- Euro in den ersten 18 Monaten zinslos zur Verfügung gestellt werden. Außerdem wurde eine Ausfallhaftung seitens der Tiroler Landesregierung angeregt.

**Stopp der Einführung und Erhöhung von Steuern und Abgaben:** Die Organe der Wirtschaftskammer Tirol wurden aufgefordert, sich vehement gegen die Einführung neuer und Erhöhung bisheriger Steuern auszusprechen. Es ist im Gegenteil eine Steuerentlastung und eine Senkung der Abgabenquote auf unter 40 Prozent anzustreben.



**Außerkräftsetzung des sektoralen Fahrverbotes:** Mit diesem Antrag sollte ein Überdenken der Tiroler Verkehrspolitik erreicht werden. Präsident Bodenseer versprach hier, Kontakt mit den zuständigen Stellen der Bundes- und Landesregierung aufzunehmen.

**Finanzanlagen der Wirtschaftskammer Tirol:** Den Delegierten wurde seitens der Kammerdirektion ein gut fundierter Überblick über die Veranlagung der Rücklagen präsentiert und von allen für gut befunden.

## KommR Ulf Schmid: Ausweitung des LKW-Fahrverbotes gefährdet Wirtschaftsstandort Tirol!

Utl.: Unverständnis darüber, dass Transportwirtschaft wieder im Visier der Politik ist!

Kein Verständnis für die Ausweitung des sektoralen LKW-Fahrverbots im Tirol, zeigt das RFW-Bundes- und Landesvorstandsmitglied aus Tirol, KommR Ulf Schmid.

Schmid dazu: "Diese Vorgangsweise ist kontraproduktiv und schadet enorm der Wirtschaft. Verkehrswege sind die Adern, die der Wirtschaftskreislauf unbedingt benötigt. Wenn diese unterbrochen werden, dann kommt es zum Kollaps und dann erleidet die Gesamtwirtschaft einen irreparablen Schaden. Daher kann das Motto nur lauten: Schluss mit der Behinderung des Warenaustausches in unserem Land."

Diese einschneidende Maßnahme trifft die Tiroler Transportwirtschaft mit voller Härte. Das hat schon dazu geführt, dass Betriebe den Fuhrbetrieb eingestellt haben. Daher erwarte er sich seitens der Politik

eine Änderung in der Verkehrspolitik. Wenn die Vernunft in Tirol nicht einkehrt, dann wird es für die Tiroler Transportwirtschaft äußerst schwierig, im Wettbewerb bestehen zu können.

Die Lage ist derzeit sogar so trist, dass man sogar über eine Finanzspritze nachdenken sollte, anstatt sich weitere wirtschaftsfeindliche Behinderungen für den Warenverkehr ausdenken sollte, schließlich geht es um zahlreiche Arbeitsplätze, die in Tirol für immer verloren gehen könnten, so das RFW-Bundes- und Landesvorstandsmitglied, KommR Ulf Schmid, abschließend.

